

## Die politische und geistige Situation





### „I will nix wissa von d'r Politik!“ - Politisches Leben und Einstellungen zur Politik

Dieser Aufsatz befaßt sich mit dem politischen Leben im Leonberg der Nachkriegszeit unter alltagsgeschichtlicher Perspektive und versucht, Einstellungen und Erfahrungen der „einfachen Menschen“ nachzuzeichnen und zu interpretieren.<sup>189</sup> Anders als bei den Themen Ernährung und Versorgung, Schule oder auch Kirche ist allerdings zu fragen, ob dieses Thema „Politik“ den Alltag der Menschen berührt hat, ob Parteien, Wahlen und öffentliche Versammlungen das alltägliche Leben der Menschen beeinflusst haben.

Die Bedingungen für ein alltägliches Erfahren und Erleben von Politik waren in Leonberg gut. Die Amerikaner beabsichtigten, in ihrer Zone, zu der Leonberg seit dem 8. Juli 1945 gehörte, schnell ein demokratisches Gemeinwesen von unten aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Besatzungsherrschaft gelockert und den Deutschen früh die Möglichkeit gegeben, an dessen Aufbau ausgehend von den Kommunen aktiv Anteil zu nehmen.<sup>190</sup> Am 30. Juli 1945 erging die Anordnung, Gemeinderäte zu bilden, was auch in Leonberg umgesetzt wurde. Der kommissarische Bürgermeister Gotthold Ege, noch von den Franzosen eingesetzt und von den Amerikanern im Amt bestätigt, schlug sechs Personen vor, drei aus Leonberg und drei aus Eltingen. Nach ihrer Bestätigung durch die Amerikaner traten sie am 31. August 1945 zur ersten Gemeinderatssitzung nach dem Krieg zusammen.<sup>191</sup> Einige Tage zuvor, am 27. August 1945, war von den Amerikanern die Gründung politischer Parteien auf Gemeinde- und Kreisebene erlaubt worden, und am 27. Oktober 1945 wurden im Kreis Leonberg schließlich die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und die Christlich-Demokratische Partei, Anfang 1946 umbenannt in Christlich-Demokratische Union, zugelassen.<sup>192</sup> In der Folge gründeten sie Ortsgruppen, wobei in Leonberg und Eltingen getrennte Teilgruppen entstanden.<sup>193</sup> Am 20. Juli 1946 folgte auf Kreisebene die Gründung der Demokratischen Volkspartei, der Vorläuferin der FDP, eine Ortsgruppe konnte sich allerdings nur in Korntal etablieren.<sup>194</sup>

Trotz der Möglichkeiten, die sich für die Entfaltung eines nachhaltig erfahrbaren und gestaltbaren politischen Lebens in Leon-

## So sieht der Stimmzettel zum 30. Juni aus

<b>1</b>	<b>Christlich-Demokratische Union</b> Simpfendörfer - Prof. Dr. Ascher Koch - Seitz	
<b>2</b>	<b>Demokratische Volkspartei</b> Dr. Maier - Dr. Heuß - Halbich Schnitzler	
<b>3</b>	<b>Sozialdemokratische Partei</b> Gehring - Ege - Kruse - Arzt	
<b>4</b>	<b>Kommunistische Partei</b> Eberle - Kanz - Hartinger - Schwarz	

**Jeder Wähler muß in den Kreis der Partei, die er wählen will, ein X machen.**



**Wahlzeit von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.**

Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946.

berg früh boten, hielten sich viele Menschen der politischen Sphäre fern. Viele Zeugnisse belegen eine tiefgehende Politikverdrossenheit, so z.B. ein Stimmungsbericht, den Dekan Martin Plieninger vor der ersten Gemeinderatswahl am 27. Januar 1946 verfaßte: „Die Lage scheint mir durch die folgenden Tatsachen

bzw. Gesichtspunkte gekennzeichnet zu sein: 1.) Durch eine immer noch nicht überwundene Müdigkeit und Passivität, zum Teil auch Gleichgültigkeit nicht ganz kleiner Bevölkerungskreise, insbesondere wohl der Frauen, vielleicht auch der Jugendlichen gegenüber all dem, was aus dem politischen Raum auf sie zukommt. Man will von Politik nichts mehr wissen, fürchtet sich auch, durch politische Betätigung wieder in etwas hineinzukommen. Zum Teil liegt auch ein gewisser Fatalismus vor, der von der Zukunft überhaupt nichts erhofft und die Dinge einer neuen Katastrophe entgegentreiben sieht, die durch unsere Hände doch nicht abgewandt werden kann. Derartige Stimmungen und die daraus entspringende reservierte, ja passive Haltung findet sich gerade in tüchtigen Bevölkerungsgruppen, zum Teil wohl auch in unseren christlichen und kirchlichen Häusern. Vielleicht ist manches in der allerletzten Zeit besser geworden, aber entscheidend dürfte sich die Lage noch nicht geändert haben. Unendlich vielen Menschen ist noch gar nicht zum Bewusstsein gekommen, um was es eigentlich am 27.1.1946 geht und welche große Vorentscheidung auch für die ganze innere Entwicklungslinie unseres Volkes bei diesen Wahlen fallen. Dazu trägt ja auch bei, dass die Werbearbeit der Parteien sich noch gar nicht recht hat entfalten können.<sup>195</sup>

Zweifellos waren die Gemeinderatswahlen recht kurzfristig, nämlich erst am 20. Dezember 1945, von der Militärregierung angesetzt worden, was die erst im Aufbau befindlichen Parteien bei ihrer Werbearbeit sicher vor Probleme stellte. Die Stimmung hatte sich allerdings auch drei Monate später, vor der Kreistagswahl am 28. April 1946, nicht wesentlich verändert. Der Landrat vermerkte lapidar: Die „Einwohner haben wenig Freude, sich für politische Parteien zu interessieren“.<sup>196</sup> Und auch für die Zeit nach der Wahl wird das Bild bestätigt. Ein Beobachter der amerikanischen Militärregierung schreibt am 30. Mai 1946 in seinem wöchentlichen Bericht zur Lage: „Während der letzten Wahl war zu beobachten, daß viele Menschen beim Wählen unsicher waren, weil sie nicht wußten, wem sie ihre Stimmen geben sollten. In den letzten 12 Jahren ist die deutsche Bevölkerung mit Propaganda gefüttert worden und glaubte alles. Jetzt, da sie ihren freien Willen wieder haben, wollen sie sich einfach keine Gedanken mehr über Politik machen.“<sup>197</sup> Die Belege für Desinteresse und vor allem Skepsis<sup>198</sup> gegenüber Politik finden sich auch durchgängig in der folgenden Zeit. Bei einem der häufig durchgeführten Interviews, bei denen die amerikanische Militärregierung die deutsche Bevölkerung zu verschiedenen Themen befragte, äußerte eine 25jährige Leonberger Hausfrau im Oktober 1946: „Weil

### Aufruf zum 1. Mai

Nachdem der 1. Mai 12 Jahre vom Nationalsozialismus mißbraucht wurde, wird derselbe wieder als Festtag der Arbeit gefeiert. Alle aufbauwilligen Kräfte ohne Unterschied der parteipolitischen und religiösen Bekenntnisse beteiligen sich an der

**Maifeier in der Festhalle, Leonberg  
vormittags 9 Uhr.**

**Math. Gantner** vom Bundesvorstand des Würtbg. Gewerkschaftsbundes wird über den Sinn der 1. Maifeier sprechen. Die Sängereabteilungen, der Sport- u. Kulturvereinigung Leonberg und Ellingen, sowie der Musikverein von Malmshheim werden die Feier umrahmen.

Folgende Organisationen fordern ihre Mitglieder und Anhänger auf, sich geschlossen an dieser Feier zu beteiligen.

**Württ. Gewerkschaftsbund**

**Ortskartell Leonberg**

**A. Wagner.**

**Christl.-Demokratische Union: W. Käumlen**

**Sozialdemokratische Partei: G. Ege**

**Kommunistische Partei: Fr. Schindler.**

**Nachmittags ab 3 Uhr Tanzunterhaltung mit guter Kapelle.**

Die Gewerkschaften riefen 1946 gemeinsam mit der CDU, SPD und der KPD zum 1. Mai auf. Die Feier wurde von der Sport- und Kulturvereinigung Leonberg und dem Musikverein Malmshheim musikalisch umrahmt.

wir so oft von der Nazi-Regierung enttäuscht wurden, ist es schwierig für uns, irgendeiner Regierung zu vertrauen.“<sup>199</sup> Gerade die jüngere Generation, die nur von den Nazis bestimmte Politik kannte und ansonsten erlebt hatte, daß es nachteilig und gefährlich war, eine abweichende, eigene Meinung zu vertreten, war in den ersten Nachkriegsjahren nur schwer für politisches Engagement zu gewinnen. Fritz Jauß, der 1946 29jährig aus amerikanischer Gefangenschaft nach Ellingen zurückkehrte und dessen Vater aktiver und verfolgter Kommunist war, beschreibt seine damalige Einstellung zur Politik: „Meine Familie, die hat unter der Politik von meinem Vater nur, nur gelitten. Und als ich dann heimkam, habe ich gesagt: I will nix wissa von d'r Politik!“<sup>200</sup>

Auch 1947 hielt die beschriebene Stimmung an, wie der Wochenbericht der amerikanischen Militärregierung vom 23. Juni 1947 belegt: „Die politischen Parteien bleiben noch immer ruhig, fast ohne Hinweis auf irgendeine Aktivität, nicht einmal intern. Die wenigen Leute, an die wir uns diesbezüglich gewandt haben, antworteten lediglich mit einem Achselzucken, als ob sie anzeigen wollten, daß Politik nicht so wichtig sei, es gibt beeindruckendere Dinge. [...] Die Menschen im Kreis scheinen die ganze Situation satt zu haben, und Politik ist ein unangenehmes Thema für sie.“<sup>201</sup> Ein letztes Beispiel zeigt die Probleme der Parteien auf, Kandidaten für die zweite Gemeinderatswahl am 7. Dezember zu finden. Landrat Ludwig Schröter schrieb der Militärregierung am 15. November 1947: „Die politischen Parteien halten in diesen

Tagen Treffen ab, um die geheimen Abstimmungen über die Wahlvorschläge vorzubereiten. Während die Wahlvorschläge vor 1933 leicht aufgestellt werden konnten, haben die Parteien nun Schwierigkeiten aufgrund der Tatsache, daß die meisten Personen nicht Mitglied einer politischen Partei werden wollen. Das liegt auf der einen Seite an der allgemeinen Abneigung gegenüber politischen Parteien, auf der anderen Seite aber auch an der weitverbreiteten Angst, daß Mitglieder dieser oder jener Partei, die zur Zeit zugelassen ist, wegen dieser Mitgliedschaft möglicherweise zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Alle Information durch Sprecher der politischen Parteien blieb in dieser Hinsicht bis jetzt erfolglos. [...] All das beweist, daß die Folgen des Nazi-Regimes auch im Hinblick auf den mentalen Zustand der Menschen so schwerwiegend sind, daß viele Jahre vergehen müssen bis normale demokratische Institutionen ohne Schwierigkeiten in der Lage sein werden, erfolgreich zu sein.“<sup>202</sup> Die Reihe der Dokumente, die vom Desinteresse und der Gleichgültigkeit der meisten Menschen am politischen Geschehen und der Skepsis oder gar Angst, sich selbst aktiv politisch zu betätigen berichten, ließe sich fortsetzen.<sup>203</sup> Und ebenso auffällig wie das Vorhandensein dieser Art Dokumente ist das praktisch völlige Fehlen von Berichten über ein blühendes politisches Leben oder von Hinweisen darauf, daß Politik überhaupt eine Rolle im Alltag der Menschen im Leonberg der Nachkriegszeit gespielt hat.

Dem Eindruck der Politikverdrossenheit der Menschen widersprechen jedoch die relativ hohen Wahlbeteiligungen, insbesondere bei der ersten Gemeinderatswahl. 89,1% der Wahlberechtigten gingen im Januar 1946 zur ersten freien Wahl nach 13 Jahren. Und im direkten Zusammenhang mit der ersten Gemeinderatswahl findet sich auch ein Zeugnis, das eine positive Einstellung der Leonbergerinnen und Leonberger zur Politik und den wiedergewonnenen demokratischen Möglichkeiten feststellt: „Wenn man die Deutschen beim Verlassen der Wahllokale beobachtet, kann man die Leute glücklich sehen über die Tatsache, daß sie wieder frei wählen können und daß sie keine Angst davor haben, etwas Falsches getan zu haben und in einem Konzentrationslager zu enden.“<sup>204</sup> Bei den anderen Wahlen, die in der Nachkriegszeit stattfanden - den Kreistagswahlen, der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden, der Landtagswahl, bei der gleichzeitig die Volksabstimmung über die Landesverfassung stattfand, der zweiten Gemeinderatswahl und schließlich der Bundestagswahl

- war die Wahlbeteiligung wesentlich geringer, jedoch durchaus nicht schlecht. Wenn also im allgemeinen Politik keine große Bedeutung für den Alltag der Leonbergerinnen und Leonberger hatte, so scheint das Interesse an den Wahlen dennoch ausgeprägt gewesen zu sein, und sie scheinen eine gewisse Relevanz besessen zu haben. Im Gegensatz zu aktiver Teilhabe am politischen Leben, z.B. durch Mitgliedschaft in einer Partei, bedeutete das Wählengehen keine Verpflichtung, die von anderen, alltäglichen Aufgaben ablenkte, und zudem fiel die Angst, möglicherweise später zur Verantwortung gezogen zu werden, weg.

Auch die Parteien konzentrierten sich in ihrer Arbeit im Wesentlichen auf die Vorbereitung von und die Werbung für Wahlen. Im Vorfeld fanden die meisten öffentlichen Veranstaltungen statt, die zumindest vor der ersten Gemeinderatswahl auch recht gut besucht waren.<sup>205</sup> So hielt die Christlich-Demokratische Partei am 23. Januar 1946 in der Bahnhofsgaststätte Leonberg eine öffentliche Veranstaltung ab, bei der 400 Personen anwesend waren, die KPD Leonberg versammelte am 19. Januar 1946 ebenda 220 Interessierte und die Versammlung der SPD Eltingen am 12. Januar im „Hirsch“ in Eltingen wurde von 250 Personen besucht, wobei alle Parteien mehrere Veranstaltungen durchführten.<sup>206</sup> Es wurden auch Flugblätter verteilt, Plakate geklebt und Parteizeitungen verkauft.<sup>207</sup> Zwischen den Wahlen traten die Parteien, abgesehen von festen Terminen, wie dem 1. Mai oder dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus im November, öffentlich nicht in Erscheinung.

Die Aktivitäten der Parteien waren also begrenzt und hinterließen im Alltag der Leonbergerinnen und Leonberger wohl wenig Spuren. In der Wahrnehmung der Menschen scheint im Hinblick auf die Parteien ein anderer Aspekt jedoch wesentlich bedeutsamer gewesen zu sein, worauf der Wochenbericht der amerikanischen Militärregierung für den Landkreis Leonberg vom 26. Mai 1947 hinweist: „Obwohl die politischen Parteien in diesem Kreis noch immer untätig sind, wurde deutliches Interesse gezeigt an der Rolle der Personen in eben diesen Parteien. [...] Die Parteien selbst sind nicht sehr aktiv, was das Werben neuer Mitglieder angeht, und haben es bis jetzt unterlassen, sich an Jugendarbeit zu beteiligen. Die Bevölkerung des Kreises scheint die politischen Parteien als Richtungsweiser zu benutzen, und Meinungen, die von Mitgliedern dieser Parteien zum Ausdruck gebracht werden, werden in der Mehrzahl der Fälle als Tatsa-

**Jede abgegebene Stimme ist ein Baustein für den Weg über das Besatzungsstatut zum Friedensvertrag Darum wähle!**

chen aufgefaßt.<sup>208</sup> Die Parteien bzw. die Parteimitglieder erfüllten also die Funktion von Meinungsführern. Bedeutend hierfür war, daß sich in ihnen bekannte und angesehene Männer – Frauen waren kaum vertreten<sup>209</sup> – versammelten, die zudem politisch unbelastet waren oder von der Bevölkerung dafür gehalten wurden. Sie wurden für vertrauenswürdig erachtet, die Geschicke der Gemeinde zu lenken, ihre Stimme hatte Gewicht. Entscheidend hierfür war allerdings in erster Linie persönliche Integrität, weniger politische Gewandtheit oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei.<sup>210</sup> Diese Persönlichkeiten begründeten nicht nur die Wirkung nach außen, sondern fungierten auch intern als Träger der Parteien. Häufig waren sie schon vor 1933 politisch aktiv gewesen, die wiedergewonnenen demokratischen Möglichkeiten wurden von ihnen im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung als motivierend empfunden, und so waren sie bereit, öffentlich Verantwortung zu übernehmen. Insofern bildeten sie eine Sondergruppe, für die der Befund der Politikmüdigkeit nicht zutrifft. Jüngere Menschen und solche, die vor 1933 nicht aktiv gewesen waren, dürften allerdings, wie dargestellt, den Weg in die Parteien zu diesem Zeitpunkt wohl kaum gewählt haben. Bei Fritz Jauß, später selbst in der Gewerkschaft und im Gemeinderat politisch aktiv, kam dieser Unterschied im Konflikt mit seinem Vater zum Ausdruck: „Als ich heimkam '46, hat mein Vater hier ‚Neues Deutschland‘ verteilt und das Kommunisten-Blättle aus Stuttgart. Und da habe ich gesagt: ‚Vater, da kannst Du mit mir nicht rechnen!‘“<sup>211</sup>

Wieviele Mitglieder die Parteien in Leonberg in den Nachkriegsjahren hatten, ist nur noch schwer zu rekonstruieren, in der Regel nur für Anfang 1946. Bei der Mitgliederversammlung der Leonberger SPD am 5. Januar 1946 waren 72 Personen anwesend, im April 1946 waren es 45 und bei der Mitgliederversammlung der SPD Leonberg-Eltingen am 23. August 1947 wurden 50 Personen gezählt. Zur Mitgliederversammlung der CDU (damals eigentlich noch CDP) Leonberg am 9. Februar 1946 kamen 35 Personen, im Kreis hatte sie von Februar bis Mai 1946 konstant ca. 300 Mitglieder. Die KPD hatte im Landkreis Leonberg im Februar 1946 120, im Juli 170 Mitglieder.<sup>212</sup> Zahlen für die Stadt Leonberg liegen nicht vor, wobei anzunehmen ist, daß sie hier und besonders in Eltingen großen Zulauf hatte.

Den größten Anteil an der Politik nahmen die Menschen, wenn es sich um konkrete, lokale Probleme handelte. Ein solches wurde bei einer Versammlung am 20. September 1947 in Eltingen diskutiert, von der es ausnahmsweise explizit heißt, sie sei gut besucht gewesen. Es ging um die Abtrennung Eltingens von

Leonberg. Eine Woche zuvor hatte bereits der Bauernverein eine Versammlung zu diesem Thema abgehalten, die Bürgerversammlung am 20. September war von der CDU und der KPD Eltingens einberufen worden, was deutlich macht, wie wenig bedeutend weltanschauliche Differenzen bei der Behandlung konkreter Fragen waren. In der Versammlung ging es hoch her: Die Mehrheit der Eltinger votierte für eine Ablösung, es wurde ein Volksentscheid gefordert, weil gesetzmäßig nicht vorgesehen jedoch wieder verworfen, schließlich wurde eine Unterschriftensammlung initiiert. Am 14. Oktober 1947 wurde der Antrag auf Ausgemeindung beim Landratsamt eingereicht, unterschrieben von 1451 Bürgerinnen und Bürger, darunter acht der zehn Eltinger Gemeinderäte.<sup>213</sup> Dem Anliegen war kein Erfolg beschieden, dennoch ist die Angelegenheit Zeichen für eine punktuelle Betroffenheit von Politik in weiten Teilen der Bevölkerung bei lokalen Auseinandersetzungen.

Insgesamt wird jedoch deutlich, daß Politik im Nachkriegsalltag der meisten Leonbergerinnen und Leonberger keine große Rolle gespielt hat. Skepsis und Desinteresse scheinen im Umgang damit vorgeherrscht zu haben. Die zwölf Jahre Nationalsozialismus, mit dessen Unterdrückung und Vernichtung politischer Opposition, mit dessen Versuch der totalen Politisierung des Alltags und dem gleichzeitigen Rückzug vieler in Privatheit und „innere Emigration“, hatten ihre Spuren hinterlassen. Der Zusammenbruch dieses Systems mag für manche politisch motivierend gewesen sein, für die meisten war er lähmend.

In der „hochpolitischen“ Nachkriegszeit, in der die Parteien neu gegründet wurden, in der sich namhafte Politiker trafen, um Verfassungen auszuarbeiten, in der zwei deutsche Republiken gegründet wurden und der Kalte Krieg begann, in dieser Zeit war der Alltag der Menschen allerdings auch mit anderen Dingen erfüllt. Die Ernährungssituation, die Probleme mit Wohnraum, Kleidung oder sonstiger Versorgung, überhaupt persönliche Sorgen und Freuden hatten zweifellos einen weitaus höheren Stellenwert. Aktive Teilnahme an Politik war – und ist – nicht alltäglich.

Joachim Baur

## Wahlergebnisse von 1945 – 1949

Die Angaben beziehen sich allesamt auf die Kreisstadt Leonberg (Alt-Leonberg und Eltingen). Zum Vergleich in Klammern die Gesamtergebnisse der Wahl auf der jeweiligen Ebene.<sup>214</sup>

Angaben in %	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	KPD	DVP	„Neubürger“ <sup>215</sup>	Sonstiges	
<b>1. Gemeinderatswahl 27.1.1946</b>	89,1	36,6	49,0	14,3	-	-	-	
<b>1. Kreistagswahl 28.4.1946</b>	65	42,6	41,3	16,1	-	-	-	
<b>Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung W-B<sup>216</sup> 30.6.1946</b>	68,5 (71,7)	37,4 (32,3)	29,6 (40,9)	19,9 (10,0)	13,1 (16,8)	-	-	
<b>Landtagswahl W-B und Abstimmung über die Landesverfassung 24.11.1946</b>	79,1 (76,0)	34,7 (31,9)	31,6 (38,4)	20,2 (10,3)	13,5 (19,5)	-	Verfassung <sup>217</sup>	
							Ja 90,7 (86,8)	Nein 9,3 (13,2)
<b>2. Gemeinderatswahl 7.12.1947</b>	72,7	37,0	32,5	12,1	-	10,6	7,8 <sup>218</sup>	
<b>2. Kreistagswahl 7.12.1947</b>	Ca. 72,7 <sup>219</sup> (80)	37,7 (24,7)	30,4 (40,1)	15,8 (7,1)	5,7 (12,9)	10,5 (15,1)	-	
<b>Bundestagswahl 14.8.1949</b>	75,8 (78,5)	25,8 (29,2)	25,0 (31,0 <sup>220</sup> )	13,2 (5,7)	14,2 (10,1 <sup>221</sup> )	20,0 (-)	Sonstige 1,7 <sup>222</sup> (24,1)	

Quelle: Mitteilungen der Militärregierung / Amtsblatt für Stadt- und Landkreis Leonberg, Leonberger Kreiszeitung. Fischer, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland: Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der BRD, in den Ländern und in den Kreisen 1946 – 1989, Paderborn 1990 und Statistische Landesämter in Stuttgart und Karlsruhe (Hg.): Statistisches Handbuch Württemberg-Baden, 1950 für überregionale Daten.

<sup>168</sup> Vgl. Stadtarchiv Leonberg (StALeo) 4070, Industrie: Schreiben (7.5.1945) der Firma Stohrer an die Stadtverwaltung.

<sup>169</sup> Vgl. Abschrift des Befehls der Militärregierung (30.4.1946), Privatbesitz Paul Häfner.

<sup>170</sup> Vgl. Berufserinnerungen Widmaier, wie Anm. 2.

<sup>171</sup> Vgl. Informationsblatt Fabrikationsprogramm von 1949 der Firma Stohrer.

<sup>172</sup> Vgl. StALeo: 4070: Industrie, Firmen A-Z.

<sup>173</sup> Vgl. Leonberger Kreiszeitung (17.7.1950).

<sup>174</sup> Vgl. Winkler, Hanspeter: „Nee ich bin nich dood!“- Ein 15jähriger erlebt die Besetzung Leonbergs, in diesem Buch. „Unser Nachbar, Adolf Wagner, überzeugter Kommunist und Atheist, Vater einer kinderreichen Familie [...], den sie 1934 vergeblich auf dem Heuberg umzuerziehen versuchten [...], er, den ich nie die Hand zum „deutschen Gruß“ erheben sah und der aus seiner Überzeugung keinen Hehl machte, einer, der nichts glaubte oder besser: einer, der auch in der Gefahr menschlich handeln mußte, wenn er seine Selbstachtung bewahren wollte“

<sup>175</sup> Die Interviewzitate sind dem Interview mit Emil Bammesberger jun. (19.1.1998), Emil Gerstetter (22.1.1998), Richard Noppel (5.3.1998), dem telefonischen Zusatzinterview mit Emil Gerstetter (31.1.1998), und den Telefoninterviews mit Helmut Staudt und Gerhard Gerstetter (4.3.1998) entnommen

<sup>176</sup> Vgl. Festschrift zum 70. Geburtstag von Emil Bammesberger, Leonberg, 1959 und „25 Jahre Bammesberger & Co.“, Leonberg 1949.

<sup>177</sup> Vgl. Jahresbericht 1952 mit Rückblick bis 1945 der Firma Bammesberger & Co.

<sup>178</sup> Vgl. „25 Jahre Bammesberger & Co., Leonberg 1949.

<sup>179</sup> Vgl. Festschrift zum 70. Geburtstag von Emil Bammesberger, Leonberg 1959 und Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Firma, Leonberg 1971.

<sup>180</sup> Vgl. Jahresbericht 1952 mit Rückblick bis 1945 der Firma Bammesberger & Co.

<sup>181</sup> Vgl. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Firma, Leonberg 1971.

<sup>182</sup> Vgl. Betriebszeitschrift „Von Haus zu Haus“, Leonberg 1966 und Betriebszeitschrift „Von Haus zu Haus“, Leonberg 1973.

<sup>183</sup> Vgl. Leonberger Kreiszeitung (1.6.1970).

<sup>184</sup> Stadtarchiv Leonberg: Gewerbekartei Leonberg der Jahre 1941 bis 1949 und Adressbuch 1996.

<sup>185</sup> Protokollbuch der Evangelischen Kirchengemeinde (24.9.1948).

<sup>186</sup> Gemeinderatsprotokoll (28.10.1948), Punkt 6.

<sup>187</sup> Gemeinderatsprotokoll (21.1.1949).

<sup>188</sup> Quellen: Interviews mit Johanna Huppenbauer (30.4.1996), Linde Beer (18.6.1996) und Ruth Kuschel (3.12.1996 und 18.12.1997).

<sup>189</sup> Aus diesem Grund wird auf eine Darstellung der Wahlergebnisse verzichtet. Sie sind der Tabelle zu entnehmen. Für die heutigen Teilgemeinden vgl. Meinhold, Heinz: Leonberg und seine Teilorte 1945-1990. Vom Wachsen und Werden einer schwäbischen Mittelstadt nach dem zweiten Weltkrieg, Leonberg 1994, S. 11ff und S. 32ff.

<sup>190</sup> Vgl. Sauer, Paul: Die Entwicklung der Parteien, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Weg zum Südweststaat, Karlsruhe 1991, S. 158-182, S. 158f und S. 164.

<sup>191</sup> Vgl. Stadtarchiv Leonberg (StALeo), Gemeinderatsprotokoll 31.9.1945.

<sup>192</sup> Vgl. StALeo, Mitteilungen der Militärregierung / Amtsblatt für Stadt- und Landkreis Leonberg (Amtsblatt) Nr. 23/1945 (31.10.).

<sup>193</sup> Vgl. div. Veranstaltungshinweise im Leonberger Anzeigenblatt (Amtsblatt).

<sup>194</sup> DVP-Kreisgründung vgl. StALeo, Amtsblatt (20.7.1946); Landrat erwähnt vor Kreistagswahl im Dez. 1947, daß es ausschließlich in Korntal eine DVP-Ortsgruppe gibt. Vgl. Nationalarchiv Washington RG 260 OMGUS, Mikrofilm im Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) (JL 525), RG 260 OMGWB 12/150-1/16/1 of 3.

<sup>195</sup> Dekan Plieninger an den Ev. Oberkirchenrat Stuttgart (7.1.1946), A Dek Leo C VI 4/ polit. Bewegungen.

<sup>196</sup> Wochenberichte des Landrats an die Militärregierung (27.4.1946), zit. n. Manuskript zum Vortrag von Karl Grob: 100 Jahre SPD in Leonberg (15.11.1994).

<sup>197</sup> RG 260 OMGWB 12/150-1/13/2 of 2 (wie Anm. 194). Alle Übersetzungen der englischen Originale vom Verfasser.

<sup>198</sup> Skepsis und Unsicherheit im Umgang mit politischen Äußerungen schlug sich selbst im Gemeinderat nieder, wie sich an einem an sich nebensächlichen Fall zeigt. In der Diskussion um Straßenumbenennung heißt es, daß „*allgemein die Auffassung herrscht, möglichst unpolitische Strassenbenennung durchzuführen, um bei evtl. geschichtlichen Ereignissen nicht erneute Strassenumbenennung durchführen zu müssen.*“ (StALeo, Gemeinderatsprotokoll 18.12.1947).

<sup>199</sup> RG 260 OMGWB 260 12/150-1/13/1 of 2 (wie Anm. 194).

<sup>200</sup> Interview mit Fritz Jauß vom 24.3.1998.

<sup>201</sup> RG 260 OMGWB 12/150-1/14/4 of 9 (wie Anm. 194).

<sup>202</sup> RG 260 OMGWB 12/150-1/16/1 of 3 (wie Anm. 194).

<sup>203</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955 (Schriftenreihe der Bundeszentrale

für politische Bildung, Bd. 193), Bonn 1984<sup>3</sup>, S. 53-56 und 371-376. „Politische Müdigkeit“ bzw. geringe Bedeutung der „hohen Politik“ in der Nachkriegszeit wird hier als übergreifendes Phänomen auch in anderen Zonen dargestellt.

<sup>204</sup> RG 260 OMGWB 5/10-2/14/2 of 3 (wie Anm. 194).

<sup>205</sup> Die Veranstaltungen vor der Landtagswahl am 24.11.1946 waren dagegen, laut Landrat, schwach besucht (vgl. RG 260 OMGWB 12/150-1/14/8 of 9, wie Anm. 194).

<sup>206</sup> Zahl der Anwesenden vgl. RG OMGWB 260 5/10-2/14/2 of 3 (wie Anm. 194) für CDP und KPD, Wochenberichte des Landrats: wie Anm. 196 (14.1.1946) für die SPD, Orte der Treffen vgl. StALeo, MM Nr. 2-6/1946 (9.-23.1.).

<sup>207</sup> Die CDU im Kreis Leonberg verteilte im Juni 1946 z. B. 16000 Flugblätter und 200 Posterplakate, zudem verkaufte sie wöchentlich 700 Parteizeitungen (vgl. RG 260 OMGWB 5/10-2/14/3 of 3, wie Anm. 194).

<sup>208</sup> RG 260 OMGWB 12/150-1/14/5 of 9 (wie Anm. 194).

<sup>209</sup> So befand sich unter den 54 Kandidaten bei der ersten Gemeinderatswahl nur eine Frau (KPD, Listenplatz 5), die zudem bei der Wahl weit zurückgeworfen wurde (Platz 14). Bei der zweiten Gemeinderatswahl waren es vier Frauen bei 88 Bewerbern, je eine für SPD, CDU, KPD und Neubürger. Gewählt wurde auch hier keine. (Vgl. Mitteilungen der Militärregierung 30.1.46 und Amtsblatt 29.11.47).

<sup>210</sup> In besonderer Weise wurde diesem Sachverhalt in Gebersheim und Warmbronn Rechnung getragen, wo die Gemeinderatswahlen bis in die fünfziger bzw. sechziger Jahre hinein reine Persönlichkeitswahlen waren. (vgl. Meinhold, Heinz: wie Anm. 189, S. 33f).

<sup>211</sup> Interview mit Fritz Jauß vom 24.3.1998.

<sup>212</sup> Alle Mitgliederzahlen vgl. Wochenberichte des Landrats: wie Anm. 196 (8.1.1946); RG 260 OMGWB 5/10-2/14/2 of 3 und 3 of 3 (wie Anm. 194); RG 260 OMGWB 12/150-1/16/2 of 3 (wie Anm. 194).

<sup>213</sup> Vgl. Trugenberger, Volker: Wie Eltingen seine Selbständigkeit verlor. Die Geschichte der Eingemeindung nach Leonberg 1938, Stuttgart 1988, S. 23f; RG 260 OMGWB 12/150-1/16/2 of 3 (wie Anm. 194).

<sup>214</sup> Die Bürgermeisterwahl vom 11. April 1948 (mit ihrer Wiederholung vom 4. Juli 1948) wurde dabei wegen ihres anderen Charakters nicht aufgenommen. Das Gesamtergebnis der ersten Kreistagswahl (in Prozent für alle Parteien und Wahlbeteiligung) konnte nicht ermittelt werden. Es entfielen auf die CDU 20, auf die SPD 4 Sitze im Kreistag, wobei die Proportionen aufgrund des

Sitzverteilungsmodus im Vergleich zu den Stimmenanteilen verzerrt erscheinen (zuungunsten der kleineren Parteien).

<sup>215</sup> Die Neubürger traten bei den Wahlen unter verschiedenen Namen auf. In der Reihenfolge der Wahlen: Wählervereinigung (Neubürger), Freie Wählervereinigung „Gemeinschaft“, Notgemeinschaft.

<sup>216</sup> Württemberg-Baden. Bis zur Konstituierung des Bundeslandes Baden-Württemberg am 25.4.1952 war dessen Gebiet in die Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden, zu dem Leonberg gehörte, geteilt.

<sup>217</sup> Bei der Abstimmung war in Leonberg, wie anderswo auch, der Anteil der ungültigen Stimmen sehr hoch (26%).

<sup>218</sup> Wählervereinigung Leonberg-Eltingen.

<sup>219</sup> Gesicherte Angaben hierfür ließen sich nicht finden. Aufgrund der Tatsache, daß die Gemeinderatswahlen am gleichen Tag stattfanden, wird die Wahlbeteiligung jedoch etwa gleich hoch gewesen sein.

<sup>220</sup> CDU/CSU

<sup>221</sup> FDP

<sup>222</sup> Parteilose

<sup>223</sup> Setzler, Wilfried u.a.: Leonberg: Eine altwürttembergische Stadt und ihre Gemeinden im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1992, S. 270.

<sup>224</sup> Meinhold, Heinz: Leonberg und seine Teilorte 1945 – 1990. Vom Wachsen und Werden einer schwäbischen Mittelstadt nach dem Zweiten Weltkrieg, Leonberg 1994, S. 14.

<sup>225</sup> Nationalarchiv Washington RG 260 OMGUS, Mikrofiches im Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) (JL 525), RG 260 OMGWB 12/149-2/32. Die im folgenden beschriebenen Vorwürfe entstammen alle diesem Dokument. Alle Übersetzungen der englischen Originale vom Verfasser.

<sup>226</sup> Vgl. RG 260 OMGWB 12/149-2/25 (wie Anm. 225).

<sup>227</sup> RG 260 OMGWB 12/149-2/32 (wie Anm. 225).

<sup>228</sup> Vgl. Wochenberichte des Landrats an die Militärregierung (12.2.1946), zit. n. Manuskript zum Vortrag von Karl Grob: 100 Jahre SPD in Leonberg (15.11.1994); Stadtarchiv Leonberg (StALeo), Amtsblatt (11.5.1946).

<sup>229</sup> Vgl. RG 260 OMGWB 12/150-1/13/2 of 2 (wie Anm. 225).

<sup>230</sup> Vgl. RG 260 OMGWB 12/149-2/32 (wie Anm. 225).

<sup>231</sup> Vgl. RG 260 OMGWB 12/150-1/16/1 of 3 (wie Anm. 225).

<sup>232</sup> Als Schimpfwort gebrauchte Bezeichnung für Deutsche, vgl. Pons-Globalwörterbuch, Stuttgart 1983 abgeleitet von (Sauer-)Kraut.

<sup>233</sup> RG 260 OMGWB 12/149-2/32 (wie Anm. 225).